

fiß Aussehen zu machen. Der junge Fürst v. Löwenstein befindet sich auf einer Reise im Orient. (Hf. 3.)

Hannover. V. Hannover, 12. Juni. Unter den Bewilligungen, welche die II. Kammer im Laufe der Woche mit seltener Uebereinstimmung machte, stehen 53420 Thlr. für das Volksschulwesen; 20000 Thlr. zur bessern Ausbildung der Volksschullehrer; 15000 Thlr. zu persönlichen Zulagen an verbiente und ungenügend besoldete Volksschullehrer; 6000 Thlr. zur Emeritierung von Volksschullehrern; 5000 Thlr. zur Errichtung und Begründung von bessern Volksschullehrerwitwenklassen. Diese Summen mögen gering erscheinen im Verhältnis zu den Opfern, welche andere Staaten der Volksschule bringen; aber wenn man weiß, wie traurig es bei uns bis 1840 um die meisten Volksschullehrer bestellt war, wie gänzlich hilflos ihre Witwen und Waisen dastanden, so muß man in jenen Bewilligungen einen außerordentlichen Fortschritt zum Bessern anerkennen. Hoffentlich hat es bei diesem Fortschritte noch nicht sein Bewenden, um dereinst an Polizei- und Gensdarmen ersparen zu können, was man der Volksschule zuwendet. Zunächst hat uns freilich das Budget nur bedeutend gesteigerte Positionen für jene beiden Institute gebracht — für die Gensdarmrie 162000 statt 110000 Thlr. und für die Polizei 35451 statt 21594 Thlr., wofür zu Hannover noch die Städte Hildesheim, Göttingen, Celle, Garburg, Stade, Osnabrück und Emden königliche Polizeidirectionen erhalten. Der Kampf der Linken gegen diese Neubelastung des Landes zur Vermehrung der Polizeikräfte wurde mit großer Hartnäckigkeit, aber vergebens geführt. Es kamen dabei über die Verwendung von Gensdarmen und Polizisten zur politischen Ueberwachung Thatsachen zur Sprache, die freilich längst von Mund zu Mund liefen, die man aber doch als zu unwahrscheinlich mit großer Reserve aufnehmen zu müssen glaubte. Jetzt wurde, ohne daß Widerspruch erfolgt wäre, vom Abg. Albrecht berichtet, daß die Polizei ihm zur Zeit der Wahlen auf Schritt und Tritt nachgegangen sei und sogar seinen Schreiber ausgeforscht hätte; Abg. v. Bennigsen theilt mit, daß der ehemalige Deputirte Obergerichtsassessor Pland im Bade Spieroooge einen besondern Gensdarmen zu seiner Beobachtung gehabt, daß über seine eigene Person ein Polizeicontrolleur in hiesigen Gasthöfen alle möglichen Erkundigungen eingebracht und ein Polizeidiener ihm Tage lang auf dem Fuße gefolgt sei. Man darf wol sagen, daß solche Ueberwachungen nirgends unangebrachter sind als bei uns in Hannover, wo politisches Geheimwesen auch nicht den mindesten Anklang findet. Das ist theils in dem Charakter des Volks, theils auch darin begründet, daß die Regierung es früher nie für nöthig gehalten, das freie Wort und den freien Verkehr der Bürger zu controliren. Von den Beschlüssen der Kammer ist zu erwähnen, daß die II. Kammer dem Beschluß der I. Kammer darin beigetreten ist, die katholischen Gymnasiallehrer von der Unterstellung unter das Staatsdienergesetz auszunehmen. Nachdem eine verstärkte, d. h. mehrgliederige Konferenz mit der I. Kammer gehalten worden, änderte eine Anzahl von Beamten, welche es früher für unmöglich gehalten hatten, der katholischen Kirche eine bevorzugte Stellung in einem überwiegend protestantischen Staate einzuräumen, ihre Ansicht.

Baden. X. Aus Baden, 13. Juni. Die bündeltägliche Genehmigung des badischen Vertrags über den Bau einer Eisenbahnbrücke bei Rehl ist bekanntlich nicht ohne Anstände erfolgt. Es nimmt sich daher einigermaßen seltsam aus, wenn die Karlsrüher Zeitung, indem sie die endliche Zustimmung der Bundesversammlung verkündet, in den von der unabhängigen Presse früher gegen den badisch-französischen Vertrag erhobenen, theils bundesrechtlichen, theils praktischen Bedenken weiter nichts sieht als „unzweideutige Beweise geringer Sachkenntniß, oberflächlichen, leichtfertigen Urtheils, ja wol auch entschiedenen Uebelwillens“. Man hat die Nothwendigkeit des Baues bekanntlich damit motivirt, daß der deutsch-französische Verkehr an dieser Stelle den Mangel eines ununterbrochenen Rheinübergangs nicht länger ertragen könne. Speciell soll sich dadurch der heidelberg-karlsruher und waldbühnt-baseler Verkehr (die beiden am schwächsten besetzten Strecken der Badischen Staatsbahn) außerordentlich heben. Die Hoffnung für die erste Strecke verringert sich bedeutend durch die Darmstadt-Mainzspitze-Bahn und die hier entstehende Brücke nach Mainz. Die Waldbühnt-Baseler Bahn, welche seit ihrem Bestehen dem Verkehr zwischen dem Norden der Ost- und Westschweiz einen großen Theil ihrer Einnahmen verdankte, empfindet aber seit der Vollendung der Schweizerischen Centralbahn die Uebelstände der deutschen Zollvereinsgesetze, welche bisher laute de mieux von den Nachbarn ertragen werden mußten, durch eine fast gänzliche Stockung des Transits. Nicht mit Bezug auf diese specielle Bahnstrecke, die aber allerdings einen neuen schmerzlichen Beitrag zu den beklagten Thatsachen liefert, sprach sich die karlsruher Handelskammer in ihrem letzten Bericht folgendermaßen aus: „Die Folgen des Rheinoctroi und der Transitzölle sind, daß der große Verkehr zu Wasser wie zu Lande sich immer mehr den französischen Bahnen zuwendet. Wenn wir daher den Güterverkehr auf den französischen Bahnen von Havre über Paris nach Straßburg und Mühlhausen stets anwachsen sehen; wenn wir das Emporkommen von Havre betrachten, das immer mehr zum Stapelplatz überseeischer Producte gewählt wird, weil die Frachten von da nach dem südwestlichen Deutschland und der Schweiz sich wegen des hohen Rheinoctroi und des Transitzolls billiger stellen als über die deutschen Seehäfen und über Rotterdam, so verdanken unsere Nachbarn diese für sie günstigen Verhältnisse nicht etwa der Vorsorge ihrer eigenen Regierungen, sondern der Uneinigkeit der deutschen Regierungen, welche sich über diese so tief einschneidenden Fragen leider noch nicht verständigen konnten. Wie lange diese Zustände noch andauern werden, vermögen wir nicht vorauszu sehen; so viel aber ist gewiß, daß, wenn nicht baldige Abhülfe geschieht, die

Nachteile für Deutschland immer schreiender sich herausstellen werden. Wir wollen daher nicht ermüden, auf diese hinzuweisen, und mit der Hoffnung schließen, daß nachdem für Deutschlands Wohlfahrt in materielle Beziehung in den letzten Jahren so viel geschehen, es gelingen möchte, auch diese Mißstände zu beseitigen.“

Manheim. 11. Juni. Vorgestern starb hier Hofrath Geker, Vater des in Amerika lebenden Dr. Friedrich Geker, nach kurzem Krankenlager. **Kurhessen.** Kassel, 14. Juni. Durch Ausschreiben des Ministers des Innern vom 12. Juni werden die Landstände zum 28. Juni einberufen.

Schleswig-Holstein. † Altona, 13. Juni. Der hiesige Bischof Koopmann hat es unternommen, eine große holsteinische Missionsgesellschaft ins Leben zu rufen. Man will hier an das Gelingen des Vorhabens nicht recht glauben, obgleich nicht zu leugnen ist, daß unsere kleine Mission in wissenschaftlicher, zumal geographischer Beziehung in Afrika bekanntlich nicht Unwesentliches geleistet hat.

Oesterreich. O. Wien, 15. Juni. Gestern hat also in Paris die fünfte Konferenzsitzung stattgefunden, und es ist wol als gewiß anzunehmen, daß diesmal gleich den letzten Sitzungen kein wesentlicher Fortschritt in der Verathung des Organisationswerks für die Donaufürstenthümer erzielt wurde, weil die Differenzen in den beiden letzten Sitzungen zwischen den Konferenzbevollmächtigten zu große Dimensionen angenommen haben, um voraussetzen zu lassen, daß sie bereits gestern vollkommen applannirt gewesen seien. Ich vermag nicht mehr über die Vorgänge bei den letzten Pariser Konferenzsitzungen zu berichten, als daß mehrere Bevollmächtigte sich in die Lage versezt gesehen haben, bei ihren betreffenden Cabineten um neue Instructionen anzusuchen. Bis dahin ist jede weitere Discussion der streitigen Punkte sistirt, und die fernern Sitzungen sind dazu bestimmt, in der Verathung anderer Punkte progressiv vorzugehen. Worin die eigentlichen streitigen Punkte bestehen, darüber kann man nur so viel entnehmen, daß es hauptsächlich die den Donaufürstenthümern zu octroyirende repräsentative Verfassung oder vielmehr die Form derselben ist, welche den Herren am grünen Tische in Paris so übel mißfällt. Für eine Art constitutionellen Regime sind sämmtliche Konferenzmächte günstig gestimmt; nur will Oesterreich, England und die Pforte, daß jedes Donaufürstenthum pro domo sua seinen Divan erhalte, während die aus Frankreich, Rußland und Sardinien bestehende Gegenpartei eine Art gemeinschaftlicher Nationalversammlung für die Moldau und Walachei durchgesetzt wissen will. Was Preußen in dieser Frage anbelangt, so soll Graf Hapsfeld in Berlin um neue Instructionen angehalten haben, von denen man hier erwartet, daß sie dem preussischen Bevollmächtigten eine Unterstützung der österreichisch-britisch-türkischen Meinungen vorzeichnen werden. Ein zweiter Differenzpunkt ist die Frage über die Eigenschaften der künftigen Regenten der beiden Fürstenthümer. Auch hier finden wir wieder dieselbe Gruppierung der Ansichten. Vorausgeschickt muß jedoch werden, daß in dem Punkte bezüglich der Nichtvererbung der fürstlichen Würde sämmtliche Konferenzmächte einig geworden sind. Dagegen beantragt Frankreich die Wahl der Fürsten auf Lebenszeit, während die Pforte und Oesterreich die Wahl periodisch erneuert wissen wollen. Aus dem allen ist wol unzweideutig zu ersehen, daß man mit der Organisationsfrage sich noch geraume Zeit herumziehen werde, ehe die Donauschiffahrtsacte und die galaczer Commissionsarbeiten zur Sprache kommen. — Gestern ist der bairische Minister Frhr. v. d. Pfordten nach mehrtägigem Aufenthalt nach Italien abgereist.

O. Wien. 15. Juni. Die Ihnen von mir vor einiger Zeit gemachte Mittheilung, daß die Konferenzen einen sehr schleppenden Gang nehmen, wird in den neuesten pariser Berichten bestätigt. Die von England, Oesterreich und der Pforte vertretenen Ansichten stehen der von Frankreich, Sardinien und Rußland beobachteten Haltung schroff entgegen, und es ist schwer abzusehen, wie sich die Differenzen lösen werden. Daß man unter diesen Umständen die Politik Preußens mit großer Spannung verfolgt, ist begreiflich, da, wie die Stimmen sich gruppirt haben, diese Macht jedenfalls ein entscheidendes Wort zu sprechen hat. Gutem Vernehmen nach soll Preußen den Entschluß gefaßt haben, auf der pariser Konferenz die Vorschläge Oesterreichs und Englands zu unterstützen. Eine officielle Bestätigung dieser Nachricht ist zwar bis jetzt nicht eingetroffen, doch glaubt man in gutunterrichteten Kreisen an der Richtigkeit derselben um so weniger zweifeln zu dürfen, als es bereits bekannt geworden ist, daß Frankreich und Rußland in der montenegrinischen Frage auf die Unterstützung Preußens nicht rechnen können. Zwar hat die letztere Macht der an sie ergangenen Einladung, der zwischen Oesterreich und der Türkei abgeschlossenen Convention beizutreten, noch keine Folge gegeben, und glaubt man, daß ein derartiger Schritt von ihr auch nicht zu erwarten stehe, dagegen ist es aber gewiß, daß sie durch ihren Vertreter am hiesigen Hofe sehr befriedigende, den diesseitigen Intentionen vollkommen entsprechende Erklärungen über ihre Anschauung in der montenegrinischen Frage abgegeben ließ, sodas man allen Grund hat, auf die Unterstützung Preußens bei den die montenegrinische Frage behandelnden Konferenzen zu zählen.

— Der Paps hat an den Fürstbischof von Salzburg auf dessen Bericht über die letzte Generalversammlung der Katholischen Vereine unterm 11. März 1858 ein Schreiben erlassen, worin es heißt: „Zu unserm größten Troste haben wir daraus entnommen, mit welcher besonderer Zuneigung und Ergebenheit die Mitglieder dieser Vereine uns und dem Stuhle Petri als dem Mittelpunkte der katholischen Einheit ihre unerschütterliche Anhäng-

lichkeit
Zweck
gende
liten ab
zu diese
Vereine
den W
genen
dasjenig
wie des

Ki
get für
sich auf
Scubi v

□ P
hier, d
Tage er
Oesterre
in dieser
aus Lon
dem sein
streuung
schma
der Ver
träglich.
noch ein
übrigen
Théâtre
Bei den
zogener
änderung
stellt ist
Colonie.

— Gr.
12 1/2 U
nasse ve
bleau, n

— Na
Impetuer
dampfer

— De
don die
forb au

— Wi
Inhalt d
vörderst
rie Amel
aus, der
noch nich
des Herze
die Weiß
Vorhilfe
Söhne n
ihres Ha
dem Th
mit Eisen
Lebewohl.
Kostbarke
Vermögen
crete sch
Auseinan
sammenge
betragen

* Lon
des Obe
unsichern
mesbury
comité Be
wortete
weder En
Neapels
digt, daß
sei, weil
Gesandte
spendenz

— Die
trage un
Verwaltu
Wirksamk
die Mitgl